

greifens unserer Partei und des 1. Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrats, Genossen Walter Ulbricht, um die versäumten Maßnahmen nachzuholen.

Trotz der Anordnung des Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrats änderte jedoch eine Reihe von örtlichen Räten nicht ihren formal-bürokratischen Arbeitsstil und verzögerte dadurch die schnelle Überwindung der Mängel in der Versorgung der Bevölkerung und die rasche, unbürokratische Organisierung des Ernteeinsatzes. Besonders ungenügend wurde die Anordnung der Regierung durch die Räte der Bezirke Erfurt und Rostock, der Räte der Kreise Stralsund, Doberan, Finsterwalde und Pößneck, durch zahlreiche MTS, wie z. B. Putzlititz, der MTS im Bezirk Gera und im Bezirk Frankfurt (Oder), befolgt. Erst eine öffentliche Kritik verhalf diesen Staats- und Wirtschaftsfunktionären zur Änderung ihrer bisherigen Arbeitsweise. Das zeigt die große Bedeutung der Anwendung der Kritik zur Überwindung der Trägheit und der krankhaften Erscheinungen einzelner Staatsorgane. Erst die Kritik von unten, von verantwortungsbewußten Genossen des Bezirks Schwerin, deckte auch die kanzleimäßige Arbeitsweise des Staatssekretariats für Erfassung und Aufkauf auf, für das Genosse Streit verantwortlich ist. Dieses Staatssekretariat hielt es nicht für erforderlich, die Gütebestimmung über die Annahme von Kartoffeln angesichts der Lage zu korrigieren. Obwohl diese Bestimmung (sie sah vor, daß Kartoffeln eine Mindestgröße von 5 cm haben müssen) im allgemeinen richtig ist und den Wünschen der Werktätigen entspricht, war sie in der konkreten Situation falsch und schädlich. Daher kam es, daß qualitativ gute Kartoffeln geringerer Größe nicht rechtzeitig den Werktätigen des Industriegebietes Mitteldeutschland zugeführt wurden.

Die Partei kämpft ständig um die enge Verbindung des Staatsapparates mit den Massen und lehrt die Mitarbeiter, feinfühlig auf die Stimme der Massen zu hören, ihre Vorschläge, Kritiken und Wünsche in der täglichen Arbeit genau zu beachten. Nicht selten sind aber auch heute noch solche Fälle, wo Mitarbeiter des Staatsapparats und insbesondere der örtlichen staatlichen Organe nicht genügend die Wünsche, Anregungen und Kritiken der Werktätigen beachten. Was soll man z. B. zu dem Verhalten der Funktionäre der Räte der Stadtbezirke von Groß-Berlin sagen, die, ohne sich ernsthaft Gedanken zu machen, die Wohnungsämter der Stadtbezirke für zehn Tage schließen. Dabei erläuterten sie nicht einmal den Zweck dieser den Werktätigen völlig unverständlichen Maßnahme. Ebenso unverständlich ist den Werktätigen von Berlin die Maßnahme des Magistrats, die öffentlichen Sprechstage für die Bevölkerung bei den Dienststellen des Magistrats und den Räten der Stadtbezirke einzuschränken.

Diese wenigen Beispiele zeigen, daß viele Staatsfunktionäre nicht auf der Höhe ihrer Aufgaben sind und daß sie keine ernsten Lehren aus den Beschlüssen des 24. Plenums des ZK gezogen haben. „Unsere Schwäche besteht darin“, sagte Genosse Walter Ulbricht auf dem 24. Plenum des ZK, „daß die Mitarbeiter des Staatsapparats zumeist wohl ihre fachliche Tätigkeit erfüllen, aber nur wenig tun, um die Menschen zu erziehen, die fortschrittlichen Erfahrungen auszutauschen, die Vorschläge der Werktätigen auszuwerten und die Kritiken der Werktätigen ernst zu beachten.“

Wenn man die Ursachen für die im Staatsapparat noch vorhandenen Erscheinungen aufdeckt, wird offen sichtbar, daß in vielen staatlichen Organen die Kritik und Selbstkritik nur schwach entwickelt ist. Ja, wenn es sich um die Tätigkeit der leitenden Staatsfunktionäre handelt, wird über die Fragen nicht